



SCHWEIZERISCHER BUNDESRAT
 CONSEIL FÉDÉRAL SUISSE
 CONSIGLIO FEDERALE SVIZZERO

Beschluss

Décision

Decisione

12. Juni 1984
 994

3003 Bern, den 7. Juni 1984

Angelegenheiten der Zehnergruppe. Bericht über die Sitzung der Stellvertreter vom 16. Mai in Paris sowie der Minister und Notenbankgouverneure vom 19. Mai 1984 in Rom

Aufgrund des Antrags des EFD vom 7. Juni 1984

Aufgrund der Ergebnisse des kleinen Mitberichtsverfahrens, wird und Notenbankgouverneure vom 19. Mai 1984 in Rom

beschlossen

Der Bericht über die Sitzung der Stellvertreter sowie der Minister und Notenbankgouverneure der Zehnergruppe wird gutgeheissen.

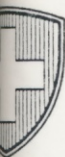
1. Sitzung der Stellvertreter

Die Stellvertreter haben bei der Sitzung am 16. Mai 1984 in Paris die Angelegenheiten der Zehnergruppe über die Sitzung der Minister und Notenbankgouverneure vom 19. Mai 1984 in Rom erörtert. In der Sitzung wurden die Arbeiten fortgesetzt. Erörtert wurden die Angelegenheiten des Internationalen Währungsfonds (IWF), die Zusammenarbeit zwischen dem IWF und der Weltbank sowie ein belgischer Vorschlag für eine bedingte Zuteilung von Sonderziehungsrechten (SZR). Die französische Delegation liess ein Dokument verteilen, das an dieser Sitzung nicht diskutiert werden konnte, aber doch Aufsehen erregte, indem es die Einführung von Zielvorgaben für die Wechselkurse vorschlägt.

Für getreuen Auszug,
 der Protokollführer:

Protokollauszug an:			
<input checked="" type="checkbox"/> ohne / <input type="checkbox"/> mit Beilage			
z. K.	Dep.	Anz.	Akten
X	EDA	6	-
	EDI		
	EJPD		
	EMD		
	EFD	13	-
X	EVD	5	-
	EVED		
	BK		
X	EFK	8	-
X	Fin. Del.	8	-





EIDGENÖSSISCHES FINANZDEPARTEMENT
 DÉPARTEMENT FÉDÉRAL DES FINANCES
 DIPARTIMENTO FEDERALE DELLE FINANZE

3003 Bern, den 7. Juni 1984

Ausgeteilt

An den B u n d e s r a t

Angelegenheiten der Zehnergruppe. Bericht über die Sitzung der Stellvertreter vom 16. Mai in Paris sowie der Minister und Notenbankgouverneure vom 19. Mai 1984 in Rom

Am 19. Mai 1984 fand in Rom eine eintägige Sitzung der Minister und Notenbankgouverneure der Zehnergruppe statt. Vor dieser Sitzung hatten die Stellvertreter am 16. Mai in Paris getagt.

1. Sitzung der Stellvertreter

Die Stellvertreter haben den Bericht ihres Präsidenten zuhanden der Minister und Notenbankgouverneure überprüft und ihre Arbeiten fortgesetzt. Erörtert wurden die Rolle des Internationalen Währungsfonds (IWF), die Zusammenarbeit zwischen dem IWF und der Weltbank sowie ein belgischer Vorschlag für eine bedingte Zuteilung von Sonderziehungsrechten (SZR). Die französische Delegation liess ein Dokument verteilen, das an dieser Sitzung nicht diskutiert werden konnte, aber doch Aufsehen erregte, indem es die Einführung von Zielvorgaben für die Wechselkurse vorschlägt.

a) Rolle des IWF

Was die zukünftige Rolle des IWF anbetrifft, waren sich die Stellvertreter einig, dass sein Charakter als monetäre Institution beibehalten bzw. zurückgewonnen werden sollte. Die Mitgliederquoten sollen die Hauptfinanzierungsquelle des IWF bleiben. Es wäre darauf zu achten, dass seine mit-

telfristigen Zahlungsbilanzhilfen effektiv zurückbezahlt werden. Ein Mitgliedland hätte davon abzusehen, die Mittel des Fonds ständig zu beanspruchen. Mit anderen Worten, der Fonds sollte nicht in eine Entwicklungsbank umfunktio- niert werden. Die Stellvertreter waren mehrheitlich der Meinung, dass der gegenwärtig erweiterte Zugang zu den Fondsmitteln wieder normalisiert werden sollte, aber es gab unterschiedliche Auffassungen über das Ausmass und die zeitliche Abwicklung dieser Anpassung.

b) Zusammenarbeit zwischen dem IWF und der Weltbank

Eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen dem IWF und der Weltbank wurde von allen Stellvertretern befürwortet. Da der IWF im kurzfristigen, die Weltbank im langfristigen Bereich tätig ist, könnte die wirtschaftliche Anpassung der Schuldnerländer durch eine bessere Koordinierung und gegenseitige Unterstützung dieser beiden Institutionen gefördert und erleichtert werden. Eine Verstärkung der Zusammenarbeit zwischen den Verwaltungsräten, Direktionen und dem Fachpersonal des IWF und der Weltbank wird als notwendig erachtet. Umstritten bleibt dagegen die Frage, ob die Weltbank ihre nicht-projektgebundene Zahlungsbilanzfinanzierung (sog. "Structural adjustment loans") noch aus- weiten soll. Eine solche Ausweitung wäre jedoch kaum ohne Aufstockung ihres Kapitals zu bewerkstelligen, denn der An- teil der projektgebundenen Darlehen in ihrem Portefeuille könnte nicht weiter abgebaut werden, ohne einen Verlust an Kreditwürdigkeit auf den Kapitalmärkten zu verursachen. Dies dürfte zur ablehnenden Haltung namentlich der ameri- kanischen Delegation beigetragen haben.

c) Bedingte Zuteilung von Sonderziehungsrechten

Um den Widerstand gegen eine Neuzuteilung von Sonderziehungs- rechten (SZR) zu lockern, hatte die belgische Delegation ei- nen Vorschlag unterbreitet, wonach ein Land die ihm zuge-

teilten SZR nur benützen könnte, wenn es sich einem Anpassungsprogramm des IWF unterstellt hätte (conditional use). Weil aber die sogenannten Problemländer wegen ihrer geringen Fondsquoten nur einen kleinen Bruchteil der neu zugeweilten SZR bekämen, ging der belgische Vorschlag einen Schritt weiter. Er sah nämlich vor, dass die Länder in guter Zahlungsbilanzposition eingeladen werden sollten, die ihnen zugeweilten SZR dem Fonds abzutreten. Diese SZR würden dann vom Fonds zur Finanzierung von Krediten herangezogen, die an ein Anpassungsprogramm geknüpft wären. So würde nach belgischer Auffassung eine Neuzuteilung von SZR zu keiner inflationären Ausweitung der internationalen Liquidität führen, sondern den Anpassungsprozess unterstützen.

Der belgische Vorschlag stiess gegen eine breite und vielschichtige Opposition. Es wurde ihm vorgeworfen, den Entscheid über eine noch umstrittene Zuteilung von SZR zu präjudizieren, eine tiefgreifende Aenderung des Sonderziehungsrechts mit sich bringen und zahlreiche heikle rechtliche Probleme aufwerfen. Es wurde auch geltend gemacht, dass sich der Fonds eigentlich in eine Welt-Zentralbank umwandelte, wenn er in die Lage versetzt würde, seine Kredite mittels selbstgeschaffener Zahlungsmittel zu finanzieren.

d) Ein französischer Vorschlag für ein stabileres Wechselkurs-system

Die französische Delegation, die in den vorangegangenen Sitzungen zurückhaltend war, liess ein Arbeitspapier verteilen, das einiges Aufsehen erregte, aber an der Sitzung vom 16. Mai nicht diskutiert wurde.

In diesem Papier stellte Frankreich fest, dass sich die flexiblen Wechselkurse in Zeiten schwerer wirtschaftlicher Störungen zwar bewährt hätten. Dennoch könne nicht übersehen werden, dass sich unter dem Floating in den letzten 10 Jahren die wichtigsten Wirtschaftsindikatoren (Wachstum, Infla-

tion, Arbeitslosigkeit) wesentlich verschlechtert hätten. Ausserdem sei der Protektionismus trotz grossangelegter multilateraler Handelsverhandlungen ständig gewachsen. Auch wenn andere Faktoren mitgespielt hätten, sei das System flexibler Wechselkurse für diese Entwicklung mitverantwortlich.

Zur Erreichung grösserer Stabilität der Wechselkurse schlägt Frankreich die Einführung von Schwankungsmargen ("target zones") von 5 - 10 % beidseitig eines Referenzwechselkurses, der aufgrund der Kaufkraftparität zu definieren wäre, vor. Das Land, dessen Währung sich ausserhalb der Schwankungszone bewegen würde, hätte entweder Massnahmen zu treffen oder in Konsultationen mit seinen Partnern zu treten. Nach französischer Auffassung würde dieses System, welches flexibel zu handhaben wäre, zu vermehrter Sicherheit und zu einer stabileren Wirtschaftsentwicklung führen.

Der französische Vorschlag, der sich von der allgemeinen Marschrichtung der Arbeiten absondert, wird zweifellos Spannungen innerhalb der Zehnergruppe verursachen. Es wird deshalb nötig sein, dass jedes Mitgliedland gegenüber dem französischen Vorschlag eine klare und wohlbegründete Stellung einnimmt.

2. Sitzung der Minister und Notenbankgouverneure vom 19. Mai 1984 in Rom

Die Sitzung der Minister und Notenbankgouverneure in Rom war kein überwältigendes Ereignis, doch es war das erste Mal seit der Auflösung des Zwanzigerausschusses im Jahre 1974, dass die Finanzminister der Industrieländer sich konkret mit Verbesserungsmöglichkeiten des internationalen Währungssystems auseinandersetzten (Pressemitteilung; Beilage 1).

Anhand des eingangs erwähnten Berichts des Vorsitzenden der Stellvertreter bestätigten die Minister das von den Stellver-

tretern vorgeschlagene Arbeitskonzept. Dieses lässt sich wie folgt zusammenfassen: Es gibt heute keine realistische Alternative zum System flexibler Wechselkurse zwischen den Hauptwährungen. Das gegenwärtige System soll durch gemeinsame Anstrengungen verbessert werden. Die Tatsache, dass die Wechselkurse über mehrere Monate oder Jahre von ihrem langfristigen Trend stark abweichen können, wird als Hauptschwäche dieses Systems betrachtet. Sie könnte weitgehend beseitigt werden, wenn es gelingt, die Konvergenz zwischen den Wirtschaftspolitiken zu verbessern. Zu diesem Zweck soll die internationale Ueberwachung der nationalen Wirtschaftspolitiken hauptsächlich im Rahmen des IWF verstärkt werden. Die weitgehende Uebereinstimmung der Minister bezüglich der allgemeinen Marschrichtung der Arbeiten ist an sich erfreulich, doch verdeckt sie divergierende Ansichten über den Inhalt von zentralen Begriffen. Die Stellvertreter müssen noch abklären, was unter Konvergenz zu verstehen ist und was der eigentliche Inhalt der Ueberwachung sein soll. Dies dürfte ein schwieriges Unterfangen sein, wenn man bedenkt, dass die Amerikaner die Konvergenz lediglich auf die Zielsetzung der nationalen Wirtschaftspolitiken beschränken, die anderen Länder jedoch das Gleichgewicht zwischen Währungs- und Fiskalpolitik (policy mix) einbeziehen wollen. Was den Ueberwachungsmechanismus anbetrifft, zögern einige Länder, ihn auszubauen, während die Franzosen ihn auch auf die Einhaltung vereinbarter Schwankungszonen für die Wechselkurse angewandt sehen möchten.

Die schweizerische Delegation hat zweimal das Wort ergriffen. Bei der Eröffnung der Sitzung hat der Vorsteher des EFD auf die Gründe des schweizerischen Beitritts zu den AKV sowie auf die Bedenken des Parlaments in bezug auf gewisse wirtschaftliche und soziale Aspekte des Anpassungsprozesses in den Entwicklungsländern hingewiesen. (Beilage 2) In einer zweiten Erklärung äusserte er den Wunsch, dass der Begriff der Konvergenz weit genug umschrieben werde, um die innere Ausgestaltung

der nationalen Wirtschaftspolitiken ("policy mix") zu erfassen. Ferner gab er zu verstehen, dass die Schweiz auch als Nicht-Mitglied des IWF bereit wäre, sich aktiv an einer internationalen Ueberwachung der Wirtschaftspolitiken der einzelnen Länder zu beteiligen. Dies würde bedeuten, dass unser Land sich einer solchen Prüfung unterzöge, sofern gegenseitig annehmbare Modalitäten festgelegt werden könnten.

Schliesslich wurde schweizerischerseits betont, dass die Arbeiten der Zehnergruppe ins Leere stossen würden, wenn sie nicht durch den festen politischen Willen getragen werden, die Funktionsweise des gegenwärtigen Systems zu verbessern. (Beilage 3)

Die Minister und Notenbankgouverneure nahmen in Aussicht, die Arbeiten der Zehnergruppe über das internationale Währungssystem bis Mitte 1985 abzuschliessen. Die nächste Ministersitzung wurde auf den 21. September 1984 festgesetzt.

3. Vertretung in der Zehnergruppe

Im Sinne von Artikel 4 des Bundesratsbeschlusses vom 4. April 1984 über die Durchführung der Teilnahme an den AKV habe ich Herrn Daniel Kaeser, Chef des Ressorts Währung, Wirtschaft, Tresorerie meines Departements als Vertreter bezeichnet.

4. Konsultationsverfahren

Im kleinen Mitberichtsverfahren sind das EDA (Finanz- und Wirtschaftsdienst) und das EVD (BAWI) konsultiert worden. Sie haben sich mit dem vorliegenden Bericht einverstanden erklärt.

5. Gestützt auf die vorstehenden Ausführungen stellen wir den

A n t r a g ,

vom vorstehenden Bericht Kenntnis zu nehmen.

EIDG. FINANZDEPARTEMENT

Shu

Stich

Beilagen:

Beilage 1: Pressemitteilung der Zehnergruppe

Beilage 2 + 3: Erklärung der schweizerischen Delegation

Protokollauszug an:

- EFD 13 (GS 7, WWT 3, SNB-ZH 2, SNB-BE 1)
- EDA
- EVD

Réunion du Groupe des Dix du 19 mai 1984 à Rome
Intervention liminaire du Secrétaire d'Etat fédéral

Communiqué of the Ministerial Meeting of the Group of Ten Rome, May 19, 1984

1. The Ministers and Central Bank Governors of the countries participating in the General Arrangement to Borrow (GAB) met in Rome on May 19, 1984 under the Chairmanship of Mr. Giovanni Goria, Minister of the Treasury of the Italian Republic. The Managing Director of the International Monetary Fund, Mr. J. de Larosière, took part in the meeting, which was also attended by Mr. E. van Lennep, Secretary-General of the Organisation for Economic Co-operation and Development, Mr. A. Lamfalussy, Assistant General Manager of the Bank for International Settlements, and Mr. F.-X. Ortoli, Vice-President of the Commission of the European Communities.
2. The Ministers and Governors heard a report by the Chairman of their Deputies, Mr. Lamberto Dini, on the progress of the Deputies' work devoted to an examination of the conditions necessary to improve the functioning of the international monetary system. As agreed by the Ministers and Governors, that work has focused on four themes: (1) the functioning of floating exchange rates; causes of volatility and trend movements in exchange rates; (2) ways to strengthen multilateral surveillance, with a view to promoting greater policy coordination and exchange rate stability; (3) the management of international liquidity; and (4) the future role of the IMF. The Ministers and Governors expressed satisfaction with the progress made to date and instructed their Deputies to continue their work in an urgent and thorough manner, with a view to submitting a final report during the first half of 1985.
3. With respect to the functioning of the floating exchange rate system, the Ministers and Governors noted that it had made a positive contribution to the maintenance of international trade and payments and to the adjustment process in a difficult global environment. They were of the view that a return to a generalised system of fixed parities was unrealistic at the present time. They expressed varying degrees of dissatisfaction with some aspects of the working of the system and they were convinced that it should be improved. The Ministers and Governors agreed that greater convergence of economic performances and compatibility of sound non-inflationary policies would make an essential contribution to growth and exchange rate stability. They also recognized the useful role that can be played by coordinated intervention in countering disorderly exchange market conditions.
4. The Ministers and Governors affirmed the need to strengthen multilateral surveillance over countries' policies, particularly within the context of the IMF, and make its mechanisms and procedures more effective. A number of suggestions to that effect have been made, and it will be necessary to examine them in more detail before agreeing on specific measures and actions.
5. The Ministers and Governors noted that the area of international liquidity has received only preliminary consideration, and that a number of important questions remained to be addressed. Among these were the process of creation, control, and distribution of international liquidity, the role of the international financial markets, and that of the SDR. As regards allocations of SDRs they recalled that at the recent IMF Interim Committee meeting they had agreed to consider the matter again in September.
6. The Ministers and Governors noted that the work of their Deputies on the future role of the IMF was also at a preliminary stage. They agreed that it was essential to maintain and safeguard the monetary character of the IMF, and they attached particular importance to the revolving nature of its financing. They emphasized the principle that Fund financing was available with appropriate conditionality to support balance of payments adjustment in member countries. They also stressed the need for closer cooperation between the IMF and the IBRD, and noted the valuable contribution that the latter institution can make in fostering structural adjustment.
7. The Ministers and Governors expressed their gratitude to the Italian authorities for their most cordial hospitality and for the excellent meeting arrangements.

membre du FMI, cette adhésion concrétise le soutien qu'elle entend apporter au Fonds monétaire et au Groupe des Dix dans la sauvegarde du système monétaire et financier international.

Réunion du Groupe des Dix du 19 mai 1984 à Rome

Intervention liminaire du Chef du Département fédéral
des finances

Monsieur le Président,

Permettez-moi tout d'abord de rendre hommage à votre hospitalité et à celle du gouvernement italien. Le cadre magnifique que vous avez donné à notre réunion contribuera, j'en suis sûr, à l'élévation des débats.

Je voudrais ensuite vous remercier des paroles aimables que vous avez prononcées à l'égard de la Suisse. Les autorités suisses ont été sensibles à l'accueil cordial que notre pays a trouvé au Groupe des Dix, où il était jusqu'ici observateur.

En décidant d'adhérer aux Accords généraux d'emprunt, les autorités suisses étaient pleinement conscientes de la nécessité de renforcer les assises financières du FMI, afin de lui permettre de faire face aux problèmes posés par l'endettement international. Pour la Suisse qui n'est pas membre du FMI, cette adhésion concrétise le soutien qu'elle entend apporter au Fonds monétaire et au Groupe des Dix dans la sauvegarde du système monétaire et financier international.

Par ailleurs, les autorités fédérales sont conscientes des difficultés que rencontre le Fonds monétaire dans l'accomplissement de sa tâche. Il s'agit, d'une part, d'utiliser de la manière la plus rationnelle le potentiel de crédit dont il dispose et, d'autre part, de doser d'une manière réaliste les conditions de politique économique auxquelles doivent souscrire les pays bénéficiaires de ses crédits.

A cet égard, je dois relever combien le Parlement et l'opinion publique suisses se sont montrés préoccupés de la rigueur que peuvent comporter les programmes d'assainissement pour les pays débiteurs, notamment en ce qui concerne les couches les plus pauvres de leur population et les investissements, dont dépendent leurs perspectives de croissance à long terme. Une répartition équitable des charges de l'ajustement nous paraît répondre aussi bien à des considérations de justice sociale qu'à des impératifs économiques.

Ce genre de problèmes et de considérations nous semble entrer dans le champ des préoccupations du Groupe des Dix du moment qu'il s'est engagé dans des travaux visant à améliorer le fonctionnement du système monétaire international et à intensifier à cet effet la coopération internationale. Pour notre pays également, dont l'économie est largement ouverte sur l'étranger, ces travaux présentent le plus grand intérêt. C'est dire l'esprit dans lequel nous avons l'honneur d'y participer sous votre présidence.

Réunion du Groupe des Dix du 19 mai 1984 à Rome

Intervention du Chef du Département fédéral des finances
sur le point 2 de l'ordre du jour

Monsieur le Président,

Nous avons pris connaissance avec intérêt du rapport soumis par le président des suppléants et nous aimerions le féliciter de la compétence avec laquelle il mène les travaux de son groupe.

Le programme de travail proposé par les suppléants est, à notre avis, bien équilibré, car il met l'accent sur les points qui paraissent essentiels pour le fonctionnement du système monétaire international.

Sans vouloir entrer dans les détails, nous constatons que le rapport reflète une louable volonté de coopération internationale.

Cette volonté de coopération devrait continuer de se manifester sur trois plans:

- au plan de l'analyse des problèmes
- au plan de la formulation des mesures que nous pourrions considérer d'un commun accord comme souhaitables pour améliorer le fonctionnement du système monétaire
- enfin, au plan de l'application de ces mesures.

S'agissant de l'analyse des problèmes, nous souhaitons qu'un rapprochement des points de vues puisse se réaliser sur la notion de compatibilité des politiques économiques. Etant donné l'influence que la structure et la cohérence d'une politique économique nationale exercent sur les anticipations des marchés financiers et de change, il nous semblerait en effet très regrettable que la notion de compatibilité des politiques économiques n'englobe pas le "policy mix".

En ce qui concerne les mesures qui pourraient améliorer le fonctionnement du système, le rapport - sans formuler de conclusions - s'oriente manifestement vers un renforcement de la surveillance multilatérale des politiques économiques nationales. La Suisse, qui est membre de ce groupe sans être membre du Fonds monétaire, serait prête à s'associer activement aux efforts qui pourront être entrepris dans ce domaine. Pour autant que l'objectif de la surveillance soit de promouvoir la stabilité des changes par des politiques axées sur la stabilité des prix, mon pays accepterait pour sa part de soumettre sa politique économique à des examens réguliers selon des modalités qui restent à définir.

Enfin, nous sommes tous bien conscients qu'il ne suffit pas de se mettre d'accord sur la formulation de mesures raisonnables. Il faut encore que leur application soit soutenue par une ferme volonté politique.

La situation économique mondiale commence certes à s'améliorer. Divers événements récents ont montré que cette amélioration resterait fragile si l'on ne parvient pas à accroître la stabilité du système monétaire et financier international. Nous ne pouvons plus nous contenter du statu quo. C'est dans cet esprit que nous souhaitons que les suppléants poursuivent activement leurs travaux.

995

Eidgenössische Eidgenossenschaft zur Beilegung von
Angelegenheiten der Zehnergruppe. Bericht über die Sitzung
der Stellvertreter vom 16. Mai in Paris sowie der Minister
und Notenbankgouverneure vom 19. Mai 1984 in Rom

Aufgrund des Antrags des EFD vom 7. Juni 1984
Aufgrund der Ergebnisse des kleinen Mitberichtsverfahrens, wird

beschlossen

Der Bericht über die Sitzung der Stellvertreter sowie der Mi-
nister und Notenbankgouverneure der Zehnergruppe wird gutge-
heissen. Oberrichter des Kantons Luzern, Branberghöhe 17,
5004 Luzern

Für getreuen Auszug,
der Protokollführer:

Mitteilung:
An den Gehörten, durch die
Bundeskanzlei

Protokollauszug an:
 ohne / mit Service

S. K.	Dep.	Ans.	Atten.
	EDA		
	EDI		
	EJPD		
	EMD		
x	EFD	1	-
	EVO	1	-
	EVED		
	SK		
x	EFK	1	-
x	Fa Del.	1	-